PB.I-01-311-2

# Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Lea Siegfried (KV Kaiserslautern)

## Änderungsantrag zu PB.I-01

**Von Zeile 310 bis 311 einfügen:**
und die finanzielle Stärkung der entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, wie beispielsweise Sonderberichterstatter*innen, ein. Menschen, die Missstände aufdecken, müssen in Deutschland eine sichere Zuflucht finden, egal aus welchem Herkunftsland sie kommen. Deshalb werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um Edward Snowden endlich ein Asylangebot in Deutschland machen zu können.

## Begründung

Edward Snwoden hat mit seinen Enthüllungen Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt, die sowohl gegen US-Bürger*innen gewandt waren, als auch gegen deutsche Staatsbürger*innen und Menschen auf der ganzen Welt. Er hat sein Leben aufgegeben und befindet sich nun seit Jahren in Russland; ein Land, von dem er selbst sagt, er habe nie dort bleiben wollen und er fühle sich überhaupt nicht wohl damit, dem Einfluss der russischen Regierung so ausgeliefert zu sein.
Die USA mag kein Unrechtsstaat per se sein, aber es ist sicher, dass Snwoden in den USA zwar ein Verfahren bekäme, aber keins, was mit unseren Vorstellungen und Werten von gerechter Justiz und Menschenrechten vereinbar wäre.
Aus diesem Grund halte ich es für absolut notwendig, dass wir es endlich schaffen, einen Menschen zu schützen, der so viel auf sich genommen hat, um auch deutsche Staatsbürger*innen zu schützen.
Da der von ihm aufgedeckte Skandal in Wirkung und Größe wirklich seines Gleichen sucht und weil es die aktuelle Bundesregierung aus fadenscheinigen Gründen immer abgelehnt hat, ein Asylangebot zu machen, ist es wichtig, dass wir gerade in diesem Besonderen Fall klar Farbe bekennen. Da vermutlich auch die Verhandlungen über eine Vorgehensweise mit potentiellen Partnern schwierig werden, ist es ein guter Weg, die Willensbekundung auch im Wahlprogramm zu verankern, um mit großem Rückenwind der Parteibasis einen Weg auszuverhandeln, der die Menschenrechte unterstreicht und nachhaltig schützt.

## weitere Antragsteller*innen

Simon Strauch (KV Kaiserslautern); Benedict Grevelhörster (KV Kaiserslautern); Selina Wolf (KV Kaiserslautern); Susanne Pithan (KV Kaiserslautern); Maximilian Kastner (KV Kaiserslautern); Aiman Zakzak (KV Kaiserslautern); Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück); Benjamin Buddendiek (KV Mainz); Otto-Werner Neber (KV Kaiserslautern); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Lorcan Rogel (KV Kaiserslautern); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); Jana Dreyer (KV Speyer); Christa Zöllner-Haberbosch (KV Biberach); Michael Kunte (KV Kaiserslautern); Ricarda Rosemann (KV Kaiserslautern); Niko Markus (KV Kaiserslautern); Simon Sander (KV Kaiserslautern); Christian Engelke (KV Worms); Birgit Markus (KV Kaiserslautern); Andreas Bittner (KV Kaiserslautern)